

FZ

Finanzielle Zusammenarbeit

Beilage in E+Z/September 2012

In Kooperation mit

KfW

www.kfw-entwicklungsbank.de



Produktive Beschäftigung

Bundesminister Dirk
Niebel: „Das beste
Mittel gegen die Armut“

SANAD: Perspektiven
für junge Leute in
Nahost und Nordafrika

DR Kongo: Frieden
schaffen mit Jobs
und Infrastruktur

Sozialer Frieden

Die Aussicht auf einen Job, der den Lebensunterhalt sichert, ist wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Stabilität und Entwicklung.

Seit Beginn des Arabischen Frühlings in Tunesien und dem Sturz des ägyptischen Autokraten Hosni Mubarak geht unter afrikanischen Regierungen die Angst vor arbeitslosen und unterbeschäftigten Jugendlichen um. Wenn junge Menschen dauerhaft unzufrieden sind, kann das zu politischer Instabilität führen – selbst in demokratischen Systemen. „Die Menschen brauchen echte Perspektiven, einen akzeptablen Lebensstandard und soziale Sicherheit“, sagt Joachim Heidebrecht, Abteilungsdirektor in der KfW Entwicklungsbank. „Sie wollen nicht zwölf und mehr Stunden täglich als rechtloser Landarbeiter oder Rikschafahrer Schwerstarbeit verrichten und trotzdem nicht davon leben können.“

Das Problem in Entwicklungsländern ist weniger die formale Arbeitslosigkeit, denn Arme können es sich im Wortsinne schlichtweg „nicht leisten“ arbeitslos zu sein. Die größte Herausforderung sind vielmehr die weltweit schätzungsweise 900 Millionen Menschen, die trotz harter Arbeit unter teilweise menschenunwürdigen

Bedingungen weniger als zwei Dollar am Tag für sich und ihre Familie verdienen. Diese sogenannten „Working Poor“ sind die zentrale Herausforderung für die Regierungen in armen Ländern und damit auch für die Entwicklungszusammenarbeit.

„Die Menschen brauchen echte Perspektiven.“

„Eine staatliche Durchführungsorganisation wie die KfW Entwicklungsbank, die im Auftrag der Bundesregierung arbeitet, kann nicht selbst im großen Stil gute Arbeitsplätze im Ausland schaffen“, betont Heidebrecht – das bleibe die Aufgabe des Privatsektors. Es sei aber möglich, dazu beizutragen, dass sich die Lage auf den Arbeitsmärkten ärmerer Volkswirtschaften verbessere: „Dabei geht es vor allem darum, auf angemessene Arbeitsbedingungen hinzuwirken, wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen und beschäftigungsintensive

Investitionen zu fördern.“ Darüber hinaus haben die Menschen mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz, wenn sie gut ausgebildet und gesund sind.

Eine wichtige Rolle spiele auch ein leistungsfähiger Finanzsektor, der die Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt, betont Heidebrecht, „denn der unternehmerische Mittelstand ist beispielsweise auch in Deutschland der wichtigste Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.“ Damit die Privatwirtschaft investiert, muss zunächst eine ausreichende Basisinfrastruktur wie Strom und Wasserversorgung, Verkehrswege und Telekommunikation geschaffen werden. Ohne Straßenanschluss zur nächsten Stadt, ohne Strom für Licht und elektrische Maschinen und ohne Telefon ist kaum zu erwarten, dass sich ein dynamischer Mittelstand entwickelt.

Neben der wichtigen Förderung des Mittelstandes und der wirtschaftlichen Basisinfrastruktur darf nicht vergessen werden, dass in vielen Ländern – insbesondere in Afrika – die Wirtschaft immer noch vom informellen Sektor dominiert wird. Dort arbeiten bis zu 80 Prozent der Beschäftigten – einige aus purer Not. Sie verdingen sich als fliegende Händler, Näherinnen oder Autowäscher an den Verkehrsknotenpunkten, um sich zumindest ein paar Cent für die nächste Mahlzeit zu verdienen.

Experten sind sich heute einig, dass der informelle Sektor wichtige Funktionen erfüllt und nicht einfach verboten oder abgeschafft werden kann. Es geht darum, die Vorteile des informellen Sektors zu nutzen und gleichzeitig negative Auswüchse wie ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und inakzeptable Arbeits- und Sozialstandards, zu bekämpfen. Dabei können Mikrokredite eine wichtige Rolle spielen. Grundsätzlich gilt: Alles was die Beschäftigungssituation verbessert, dient auch der Armutsbekämpfung und dem sozialen Frieden und erhöht damit die Chancen auf eine nachhaltig positive Entwicklung. *Hans Dembowski //*



Ausbildung schafft Zukunftsaussichten.



<http://www.kfw.de>

„Das beste Mittel gegen Armut“

Die deutsche Entwicklungspolitik setzt sich für Wachstum und Beschäftigung in ihren Kooperationsländern ein: Dabei geht es darum, Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch die Rechte der Beschäftigten im informellen Sektor zu stärken. Wichtig sei es, die Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft einzubinden, sagt Minister Dirk Niebel.

Herr Niebel, weshalb liegt der Bundesregierung an der Beschäftigungsförderung in Entwicklungsländern?

Für die neue deutsche Entwicklungspolitik ist eines völlig klar: Eine nachhaltige Entwicklung kann es ohne wirtschaftliche Entwicklung nicht geben. Dazu benötigen wir die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft. Ein sicherer Arbeitsplatz ist nachweisbar das beste Mittel, um sich selbst aus der Armut zu befreien. Es geht um Einkommen, aber auch um Selbstwertgefühl, gesellschaftliche Anerkennung und Integration. Arbeit hat aber auch gesellschaftliche Effekte: Länder, in denen die Menschen von der eigenen Arbeit leben können, sind generell stabiler und friedlicher. Zudem kann über die gezielte Förderung der Beschäftigung von Frauen ein wichtiger Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter geleistet werden.

Was ist das beste Mittel gegen die gesellschaftspolitisch besonders brisante Jugendarbeitslosigkeit?

In unseren Kooperationsländern in Nordafrika drängen jedes Jahr doppelt so viele Absolventen von Berufsschulen und Universitäten auf den Arbeitsmarkt, wie die Wirtschaft Stellen schafft. Diese Situation ist äußerst brisant. Kurzfristig wirksame Ansätze, wie eine verbesserte Arbeitsvermittlung, Qualifizierungsmaßnahmen oder öffentliche Beschäftigungsprogramme für Geringqualifizierte, können Jugendarbeitslosigkeit reduzieren. Langfristig brauchen diese Länder allerdings eine Reform ihrer Bildungssysteme. Die berufliche Ausbildung muss stärker auf die am Arbeitsmarkt nachgefragten praktischen Kompetenzen ausgerichtet

werden. Vor allem aber gilt auch hier: Dauerhaft ist das Problem nur in den Griff zu bekommen, wenn die Wirtschaft sich in diesen Ländern stabil und nachhaltig entwickelt – und damit zusätzliche Jobs entstehen. Und genau dafür setzen wir uns entschieden ein.

100
Millionen neue
Krankenversicherte
in Indien

Laut International Labour Organisation sind weltweit 200 Millionen Menschen ohne Arbeit, weitere 900 Millionen arbeitende Menschen verdienen weniger als zwei Dollar am Tag und haben keine Sozialversicherung. Wie kann ihre Situation verbessert werden?

Ein Großteil der Menschen in den Entwicklungsländern kann es sich gar nicht leisten, längere Zeit arbeitslos zu sein. Diese Menschen suchen sich Arbeit in der informellen Wirtschaft – für oftmals sehr geringe Gehälter und ohne jegliche soziale Absicherung. Diese Menschen benötigen einen grundlegenden Schutz bei Krankheit, Alter oder Ernteaussfällen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt deshalb innovative soziale Sicherungssysteme, die insbesondere auf Menschen in Armut und im informellen Sektor abzielen. Ein Beispiel dafür ist das von deutscher Seite geförderte und seit 2008 gemeinsam mit privaten Versicherungsunternehmen umgesetzte Krankenversiche-

rungsprogramm in Indien. Dieses wird mittlerweile von über 100 Millionen Menschen genutzt. Gegen Zahlung einer geringen Jahresgebühr erhalten sie kostenlosen Zugang zu stationärer und ambulanter Behandlung in Krankenhäusern.

In Entwicklungsländern arbeiten 50 bis 80 Prozent der Erwerbstätigen im informellen Sektor. Sie können grundlegende Rechte nicht durchsetzen. Wo lässt sich hier ansetzen?

Der informelle Sektor ist eine Realität in unseren Kooperationsländern und wird es noch lange bleiben. Wie die Zahlen zeigen, ist er sehr wichtig für die Beschäftigung. Daher sollten die Rahmenbedingungen für Kleinbetriebe und die dort arbeitenden Menschen gezielt verbessert werden. Arbeits- und Sozialstandards, die gemeinsam mit den Unternehmen gestaltet werden, sind weitere wichtige Hebel. Obwohl diese Standards grundsätzlich für alle Beschäftigungsverhältnisse gelten, profitieren davon in der Regel nur feste Mitarbeiter. Wanderarbeiter, Leiharbeiter und Kleinbauern oder Subunternehmer haben meist das Nachsehen. Die Wirksamkeit der Standards hängt entscheidend davon ab, ob sie auch kontrolliert werden können. Eine Kontrolle, zum Beispiel der Arbeitsbedingungen von Heimarbeitern im indischen Textilsektor, ist jedoch enorm aufwändig beziehungsweise teilweise unmöglich. Dennoch gibt es hoffnungsvolle Ansätze: Initiativen wie zum Beispiel „Social Accountability International“ (SAI) oder „Ethical Trading Initiative“ (ETI) haben spezielle



Dirk Niebel
Bundesminister
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
und Entwicklung



Die Förderung der Beschäftigung von Frauen trägt zur Gleichberechtigung bei.

Programme und Trainingsmaßnahmen für Heimarbeiterinnen aufgelegt, um diese stärker untereinander zu organisieren, über ihre Rechte aufzuklären oder sie mit staatlichen Versicherungs- und Kreditprogrammen zusammenzubringen. Ich gebe aber zu: Hier gibt es noch viel zu tun, solange die zugrunde liegende Problematik nicht gelöst ist.

Was sagen Sie zum Phänomen des „jobless growth“, also zu Wirtschaftswachstum, an dem breite Bevölkerungsschichten keinen Anteil haben?

Nur mit einer wachsenden Wirtschaft lassen sich Beschäftigung steigern und Armut mindern. Zugleich ist es richtig, dass die Effekte von Wirtschaftswachstum auf dem Arbeitsmarkt je nach wirtschaftlicher Dynamik und Rahmenbedingungen unterschiedlich stark sein können. Es gilt also die Voraussetzungen für privatwirtschaftliche Initiative allgemein zu verbessern und gerade solche Sektoren und Regionen zu fördern, die das größte Potenzial

besitzen, Armut nachhaltig zu reduzieren und dauerhaft produktive Beschäftigung zu erzeugen. Vielfach hat es sich bewährt, gezielt Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen zu fördern und die Beschäftigungsfähigkeit und -möglichkeit von ärmeren Menschen – und hier insbesondere Frauen – zu stärken.

„Eine nachhaltige Entwicklung kann es ohne wirtschaftliche Entwicklung nicht geben.“

Auf diese Weise können durch Wirtschaftswachstum viele neue und produktive Arbeitsplätze auch für ärmere Bevölkerungsschichten geschaffen werden.

Große Infrastrukturprojekte sind oft beschäftigungsintensiv und erhöhen darüber hinaus über verbesserte Produktionsbedingungen und

Vermarktungschancen die Einkommensmöglichkeiten für die Bevölkerung. Wo besteht aus Ihrer Sicht in diesem Sektor der größte Handlungsbedarf?

Infrastrukturmaßnahmen wirken besonders dann nachhaltig, wenn auf lokale Zulieferer und Arbeitskräfte gesetzt wird. Wenn es gelingt, im Rahmen dieser Vorhaben praktische, arbeitsmarktrelevante Kenntnisse zu vermitteln, dann wirken solche Maßnahmen sogar über das konkrete Projekt hinaus, weil sie die späteren Beschäftigungschancen der größtenteils gering qualifizierten Arbeitskräfte erhöhen. In Algerien könnten mit Projekten rund um erneuerbare Energien und den energieeffizienten Bausektor eine Million Arbeitsplätze bis 2025 entstehen. Dieses Potenzial gilt es gemeinsam mit der Privatwirtschaft zu erschließen. //



<http://www.bmz.de>

Mehr Jobs für Nordafrika und den Nahen Osten

Der Fonds SANAD unterstützt kleinste bis mittlere Unternehmen und schafft wirtschaftliche Perspektiven

Der Protest begann in Tunesien: Ende 2010 demonstrierten in dem nordafrikanischen Land immer mehr Menschen gegen hohe Lebensmittelpreise und Arbeitslosigkeit. Gerade junge, gut ausgebildete Menschen gingen auf die Straßen, weil sie kaum Chancen für ihre Zukunft sahen. Der Arabische Frühling führte schließlich zum Sturz der Regime in Tunesien, Ägypten und später in Libyen und dem Jemen. Doch der Weg zu Demokratie ist in vielen Ländern steinig, im autokratischen Syrien eskaliert gerade die Gewalt.

Der im August 2011 von der KfW im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Europäischen Kommission aufgelegte Fonds SANAD will dazu beitragen, Reformen zu unterstützen und wirtschaftliche Perspektiven und Beschäftigung für die Menschen zu schaffen. SANAD ist arabisch und bedeutet „Hilfe“.

„Wir wollen möglichst viele junge Leute im nordafrikanischen und arabischen Raum in Lohn und Brot bringen“, sagt der zuständige KfW-Projektmanager Matthias Zilbauer. Die Generation der 20- bis 35-Jährigen macht in den arabischen Ländern etwa ein Drittel der Bevölkerung aus. Die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe ist hoch. In Tunesien, Ägypten und dem Jemen sucht jeder dritte junge Mensch einen Arbeitsplatz. Zudem sind viele unterbeschäftigt und schlecht bezahlt – mehr gute Arbeitsplätze sind daher zentral für die Zukunftschancen der arabischen Jugend.

Dabei haben kleinste, kleine und mittlere Unternehmen in Nordafrika und dem Nahen Osten eine große Bedeutung. Sie machen in der Region 60 bis 70 Prozent der Wirtschaftskraft aus und sind das Rückgrat des lokalen Arbeitsmarktes. Bislang haben solche Unternehmen aber häufig Probleme, einen Kredit zu erhalten.



SANAD sorgt unter anderem für Jobs in Schnellimbissen.

Hier setzt der Fonds SANAD an: Er refinanziert lokale Partnerbanken, wenn sie Kredite an kleinste bis mittlere Betriebe und Existenzgründer vergeben – ein wichtiger Beitrag zur Beschäftigungsförderung: Ein Gemüsehändler kann so eine neue Waage kaufen; eine Schneiderin sich eine Nähmaschine leisten. Der Besitzer einer Autowerkstatt kann einen neuen Mechaniker einstellen und damit mehr Aufträge annehmen und weitere Jobs schaffen.

SANAD ist zunächst mit 42 Millionen Euro aus Mitteln des BMZ und weiteren 10 Millionen Euro von der Europäischen Union ausgestattet. Langfristig strebt SANAD an, auch private Geldgeber zu gewinnen. Der erste Vertrag über fünf Millionen Dollar wurde Anfang 2012 mit einer Bank im Libanon geschlossen. Einen zweiten Vertrag in Höhe von drei Millionen Dollar schloss der Fonds mit einer jordanischen Mikrofinanzinstitution ab. Rund 2000 Kleinunternehmer können davon profitieren – so entstehen Arbeitsplätze und mehr Beschäftigung in der Region. (loi) //



Spargelanbau schafft Arbeitsplätze

In Peru gibt der arbeitsintensive Gemüsesektor vielen ungelernten Arbeitskräften die Möglichkeit, ein Einkommen für sich und ihre Familien zu erzielen. Der Gemüseexporteur Danper Trujillo SAC beschäftigt rund 10 000 Menschen. Das Unternehmen exportiert nicht nur, sondern baut Spargel und Artischocken auch selbst an. Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft – hat Danper ein langfristiges Darlehen in Höhe von zehn Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, um die Anbaufläche zu erweitern. Das Unternehmen zahlt überdurchschnittliche Löhne und unterstützt angrenzende Dörfer dabei, Schulen zu renovieren sowie die Trinkwasserver- und die Abfallentsorgung zu verbessern.

<http://www.deginvest.de>

Natur schützen, für Arbeit sorgen

Das KAZA-Projekt: Im südlichen Afrika trägt Ökotourismus dazu bei, Armut zu bekämpfen.



Hat jetzt einen festen Job: Ranger Kennedy Tatalife.

Kennedy Tatalife trägt ein grünes Hemd mit Schulterkappen und gleichfarbige Hosen mit Seitentaschen. Wenn er auf Tour geht, schultert er schon mal sein Gewehr. Der Namibier arbeitet als Ranger in einem Naturpark. „Durch das feste Gehalt hat sich mein Leben verändert“, sagt er. Die Region, in der Tatalife tätig ist, ist ein so genanntes „Conservancy“. Hier werden Natur und Wildtiere geschützt – und die Menschen profitieren vom Ökotourismus.

Diese Idee wird auf fünf Länder ausgeweitet: In der Grenzregion von Angola, Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe entsteht das größte grenzüberschreitende Naturschutzgebiet der Erde. Die KAZA-Region ist nach den Flüssen Kavango und Zambesi benannt. Das Gebiet ist so groß wie Schweden. Im August 2011 unterzeichneten die Präsidenten der beteiligten Länder den KAZA-Staatsvertrag, im März 2012 wurde KAZA offiziell eröffnet. Geht alles nach Plan, streifen bald wieder wilde Tiere wie Elefanten, Zebras und Nashörner über Ländergrenzen hinweg.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt KAZA im Auftrag der Bundesregierung mit 20 Millionen Euro. Das Projekt soll nicht nur die Natur schützen, sondern auch Armut bekämpfen und Arbeitsplätze schaffen. „Früher hieß es, der Mensch sei eher ein Problem für den Naturschutz“, erläutert KfW-Projektmanager Ralph Kadel. Doch diese Sicht führe in eine Sackgasse: „Viel besser ist es, die Bevölkerung an den Einnahmen von Naturparks zu beteiligen und ihnen ein nachhaltiges Nutzungsrecht einzuräumen.“

Nach diesem Konzept ist KAZA konzipiert: Die umherziehenden Wildtiere locken Naturtouristen an. Im Schutzgebiet werden Parkwächter, Fahrer, Touristenführer und Ranger gebraucht – für die lokale Bevölkerung entstehen Jobs. Wer eine Gästelodge in dem Gebiet betreibt, muss die Hälfte seiner Angestellten in der Gegend rekrutieren. „Sieben bis acht Touristen schaffen einen Arbeitsplatz, der wiederum bis zu 15 Menschen ernähren

kann“, rechnet Kadel vor. Insgesamt dürften mehrere tausend neue Arbeitsplätze durch KAZA entstehen.

Auch die Kommunalverwaltungen in der Region profitieren: Sie erhalten einen Teil des Gewinns aus Lodges, die auf ihrem Gemeindegebiet gebaut werden. Sie entscheiden selbst, ob sie damit neue Brunnen, Schulen oder Gesundheitszentren einrichten.

„Sieben bis acht Touristen schaffen einen Arbeitsplatz.“

Chris Weaver von der internationalen Umweltschutzorganisation WWF hat die Idee der „Conservancies“ in Namibia entwickelt und den Sinneswandel bei den Einheimischen beobachtet: „Die Menschen begreifen den Artenschutz heute als Gewinn für ihre Lebensgrundlage.“ Und KfW-Experte Kadel beobachtet mit Freude, wie sich Regierungsvertreter aus Botswana und Sambia über diese Idee, die in Namibia schon weit entwickelt ist, informieren. „Erfolg spricht sich rum“, sagt er. Die Schutzgebiete machen Schule, weil sie zwei wichtige Ziele ideal miteinander verbinden: Sie erhalten die Biodiversität und reduzieren die Armut, indem sie viele neue Arbeitsplätze schaffen. (loi) //



„Green Jobs“

„Green Jobs“ oder grüne Arbeitsplätze sind ein Beitrag zum Schutz von Umwelt und Klima. Als „grün“ oder ökologisch gewertet werden kann jeder Job, der entweder direkt in einer umwelt- und klimafreundlichen Branche entsteht oder dazu beiträgt, den Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu beschleunigen. Im Energiesektor ersetzen grüne Arbeitsplätze zunehmend Stellen in der bisherigen fossilen Technik. In anderen Bereichen entstehen ganz neue Jobs, die als grün oder ökologisch bezeichnet werden können – zum Beispiel ein Klimawandexperte oder ein Touristenführer in einem nachhaltig bewirtschafteten Nationalpark. (loi)

Kein Frieden ohne Beschäftigung

Der Wiederaufbau von Infrastruktur schafft Perspektiven für die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo.

Der Weg führt vom ökonomisch fortschrittlichen Afrika ins Krisengebiet: Die gut ausgebaute Schnellstraße von Ruanda Hauptstadt Kigali in den Osten der Demokratischen Republik Kongo endet fast abrupt an der Grenze. „Im Kongo sind viele Straßen noch zerstört oder mit Schlaglöchern übersät – man kommt nach dem Grenzübertritt nur langsam voran“, berichtet Philipp Wyrsh, Projektmanager der KfW Entwicklungsbank. Ruanda gilt nach dem brutalen Völkermord an der Tutsi-Minderheit im Jahr 1994 als politisch recht stabil, im Osten des angrenzenden Kongo halten dagegen die Unruhen an. Es kommt immer wieder zu Kämpfen zwischen Rebellen- und bewaffneten Banden und der Armee.

Der Kongo liegt am Boden, staatliche Strukturen sind praktisch nicht vorhanden. Grüner Dschungel verdrängt landwirtschaftliche Flächen. Es mangelt an Schulen und Gesundheitsstationen, rumpelige, lehmige Landwege sind oft die einzige Verbindung zwischen zwei Orten. Die Demokratische Republik Kongo ist nach Jahren des Bürgerkrieges ein fragiler Staat, der Unterstützung braucht. „Die Menschen sehnen sich nach Frieden und Zukunftsperspektiven“, sagt Wyrsh. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die KfW Entwicklungsbank einen Friedensfonds mit 50 Millionen Euro. Er trägt dazu bei, drei Regionen im Osten des Landes und den Großraum der Hauptstadt Kinshasa zu stabilisieren. Der Fonds fördert den Wiederaufbau von sozialen Einrichtungen, Wirtschaftsinfrastrukturen und die Rehabilitierung von brach liegenden Landwirtschaftsflächen – und bringt damit Arbeit für die Bevölkerung.

Bislang konnten in den vom Bürgerkrieg hauptsächlich betroffenen Provinzen

Nord- und Süd-Kivu und Maniema im Osten rund 460 Kilometer Straßen wieder für den Verkehr nutzbar gemacht werden, weitere knapp 400 Kilometer folgen. „Der Straßenbau schafft kurzfristige Arbeitsplätze für die Menschen und hilft mit, Flüchtlinge und Ex-Kombattanten zu integrieren“, betont Wyrsh. So kann verhindert werden, dass sich arbeitslose junge Männer mangels Alternativen erneut marodierenden Banden anschließen.

1500
Hektar wieder
nutzbare Felder

Es wird geschätzt, dass mit Hilfe des Fonds kurzfristig rund 2,4 Millionen Personentage Beschäftigung erzeugt wurden. Dies entspricht etwa 20.000 Jobs bei einer durchschnittlichen Arbeitsdauer von vier Monaten.

Langfristig kurbelt die bessere Infrastruktur die lokale Wirtschaft an. Der Handel zwischen Orten wird erleichtert,

was Wachstum und Beschäftigung fördert. Mit Hilfe der Fondsmittel entstehen 68 Schulen, fünf Krankenhäuser und 52 Gesundheitszentren. „Dort werden Lehrer und medizinisches Fachpersonal gebraucht“, betont Wyrsh. Darüber hinaus wird der Bau von 1000 Wohnhäusern für rückkehrende Flüchtlinge, 13 Wasserversorgungssysteme, 16 Wasserreservoirs und 100 Kilometer an Wasserleitungen gefördert. Dank des Fonds gibt es 116 rehabilitierte Brücken, funktionierende Märkte und mehr als 1500 Hektar wieder nutzbare Felder für die Landwirtschaft. „Wir schaffen friedliche Beschäftigungschancen, damit die Menschen aus der Kriegsökonomie ausbrechen können“, betont Wyrsh.

Um der Bevölkerung rasch zu helfen, arbeitet die KfW auch mit Nichtregierungsorganisationen zusammen. Dadurch sind Entwicklungsfortschritte schneller möglich. „Langfristig müssen gerade im Ost-Kongo aber die staatlichen Strukturen gestärkt werden“, sagt der KfW-Experte. Nur wenn der Staat Basisdienste wie Schulen und Gesundheitsdienste bereitstellt, wächst neues Vertrauen bei den Menschen. Und das sei auch notwendig für ein positives Investitionsklima, in dem mehr Beschäftigung entstehen kann. (loi) //



Baustelle im Osten der Demokratischen Republik Kongo.

Porträt Dhiraj Dolwani

Jobs für junge Menschen im ländlichen Indien: Ein Sozialunternehmer schafft Beschäftigung in einer abgelegenen Region des Subkontinents.

Dhiraj Dolwani ist kein Unternehmer, der nur am Profit interessiert ist. Er will auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Beschäftigung in Indien beitragen. Seinen Betrieb, die Firma B2R, hat er bewusst in einer abgelegenen Region im nordindischen Uttarakhand angesiedelt. Dort schafft er Arbeitsplätze gerade für junge Menschen und hilft mit, die Landflucht einzudämmen. „Wirtschaftliche Interessen und soziale Ziele lassen sich miteinander verbinden“, sagt der 42-jährige Sozialunternehmer. Mit dieser Überzeugung habe er das Unternehmen im Sommer 2009 zusammen mit seinem Geschäftspartner Venkatesh Iyer gegründet.

B2R übernimmt Aufgaben, die andere Firmen nicht selbst erledigen, sondern nach außen vergeben. Dazu gehören etwa die Pflege von Datenbanken, Bankgeschäfte und Verwaltungsaufgaben – das Unternehmen erstellt auch E-Books im Auftrag von großen Verlagshäusern. Solche Firmen siedeln sich meist in großen Städten wie Neu-Delhi oder Mumbai an. Ihre Beschäftigten rekrutieren sie oft aus dem ländlichen Raum – mit allen sozialen Folgen: Viele junge Leute verlassen die Provinz, werden aber in den Metropolen nicht heimisch.

Die Philosophie von B2R ist eines der erfolgreichen Beispiele dafür, dass es auch anders geht: „Wir bringen die Arbeit zu den Menschen.“ Dolwani und Iyer haben

sich gegen eine Ansiedlung in großen Ballungsräumen entschieden, auch das ländliche Indien soll vom Boom in der Branche profitieren. Der ständige Kontakt zu den Kunden wird über das Internet garantiert.

In Uttarakhand mit seinen vielen Hügeln und kleinen, teils schwer zugänglichen Dörfern leben die Menschen meist von der kargen Landwirtschaft und ein wenig Tourismus. „Jetzt haben sie zusätzliche berufliche Perspektiven und müssen nicht mehr entscheiden, ob sie Geld verdienen oder bei ihrer Familie bleiben wollen“, sagt Dolwani.

Das Unternehmen startete zunächst mit nur 19 Angestellten und einem Stammkunden. Inzwischen arbeitet B2R für 15 Stammkunden und beschäftigt fast 250 Männer und Frauen. Alle Angestellten an den fünf Standorten stammen aus Dörfern aus der jeweiligen Umgebung.

Eine ganze Region profitiert vom Unternehmergeist von Dolwani und Iyer: Der Verdienst jedes Beschäftigten ernährt nach seiner Schätzung drei weitere Menschen. Die betroffenen Haushalte verfügen über zwei- bis dreimal so viel Geld wie vor der Firmengründung. Das lässt den Umsatz von Lebensmittelläden, Teestuben und Einzelhandel steigen. Und: B2R führt an den Firmenstandorten ein Drittel seines Gewinns an die Gemeinden ab. „Das ist unser bescheidener Beitrag zum Aufbau unserer Nation“, sagt Dolwani.



Dhiraj Dolwani (rechts) und Geschäftspartner Venkatesh Iyer.

Umgekehrt ist auch der Unternehmer dankbar: für ein Investment des von der KfW Entwicklungsbank mitgetragenen Aavishkaar-Fonds. „Ohne ihn hätten wir nicht so rasch wachsen können“, sagt Dolwani. Und er sieht B2R noch lange nicht am Ende angekommen: Der Geschäftsplan für die kommenden Jahre sieht eine Expansion auf 60 bis 70 Standorte mit bis zu 6000 Beschäftigten vor. Der Schwerpunkt liegt dabei weiter auf Uttarakhand am Fuße des Himalaja. Für Dolwani ist das eine Ehrensache.

Stephan Loichinger //

Impressum

Verantwortlich: Michael Seyler, KfW Bankengruppe
Redaktion: Dr. Hans Dembowski, Michael Ruffert
Autor: Stephan Loichinger

Grafik-Design und Satz: Nina Fischer
Druck und Verlag: Frankfurter Societäts-Medien
Postfach D-60268 Frankfurt, Germany
Diese Beilage wird auf PEFC-zertifiziertem Papier gedruckt.